

85.469

**Postulat Schmidhalter**  
**Bundesämter. Dezentralisierung**  
**Décentralisation de**  
**l'administration fédérale**

*Wortlaut des Postulates vom 17. Juni 1985*

Aufgrund verschiedener parlamentarischer Vorstösse ist der Bundesrat nach eingehender Prüfung bereit, die Dezentralisierung verschiedener Bundesämter vorzunehmen. Das ist eine lobenswerte Idee, insofern für den neuen Standort Regionen berücksichtigt werden, die Mühe haben, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder auf deren Gebiet, wie man so schön sagt, Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Zu den letzten gehört auch das Oberwallis.

Durch sogenannte Neuorganisation am Bahnhof Brig, Verlegung des Zollwesens nach Domodossola und Aenderungen an der Festungswacht ging bis heute und geht in den nächsten Jahren eine beachtliche Zahl an Arbeitsplätzen verloren. Das trifft auch für andere Regionen des Wallis zu. Aus diesem Grunde wird der Bundesrat ersucht, die Offerten, die aus dem Raume Oberwallis als Standort für eines oder mehrere der zu verlegenden Bundesämter angeboten werden, wohlwollend zu prüfen:

- als Kompensation für verlorene Arbeitsplätze;
- im Sinne einer gesunden Besiedlung der Rand- und Bergregionen und
- als Entgelt für die übermässige Belastung, die das Oberwallis als Uebungs- und Ausbildungsplatz der Armee zu tragen hat.

*Texte du postulat du 17 juin 1985*

Se fondant sur diverses interventions parlementaires et après avoir procédé à un examen approfondi de la situation, le Conseil fédéral est prêt à entreprendre une décentralisation de plusieurs offices fédéraux. C'est là une idée louable, dans la mesure où l'on choisit comme lieu de travail des régions qui ont de la peine à créer de nouveaux emplois ou sur le territoire desquelles on a, comme on dit si bien, «rationalisé» les postes de travail. Le Haut-Valais fait partie de ces catégories.

La «réorganisation» de la gare de Brigue, le transfert des bureaux de douane à Domodossola et les modifications apportées au corps des gardes-fortifications ont déjà fait perdre et feront encore perdre ces prochaines années un nombre considérable d'emplois. Cela s'applique aussi à d'autres régions du Valais.

Pour les raisons exposées ci-dessus, le Conseil fédéral est prié d'examiner avec bienveillance les offres en provenance du Haut-Valais, relatives au lieu de travail d'un ou de plusieurs offices fédéraux à transférer, en les considérant sous l'angle

- d'une compensation des emplois perdus,
- d'une occupation rationnelle des régions de montagne et des zones marginales, et
- d'un dédommagement pour la charge excessive que le Haut-Valais supporte en tant que place d'exercice et d'instruction de notre armée.

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Die Einreichung dieser Postulates erfolgt aus folgenden Gründen: a) Der Bundesrat beschloss am 11. März 1985, die Möglichkeit der Verlegung einiger heute in Bern befindlichen Aemter näher zu prüfen. Es handelt sich um die Aus-siedlung von 617 Arbeitsplätzen.

b) Am 25. Februar 1981 hat der Bundesrat «Weisungen über die Berücksichtigung der Kantone bei der Schaffung oder Verlegung von Arbeitsplätzen des Bundes» herausgegeben. Darin kann nachgelesen werden – ich zitiere, dass «vorrän-

gig jene Regionen berücksichtigt werden, die vom Bund als wirtschaftlich förderungswürdig anerkannt worden sind und zudem in Kantonen liegen, die mit Arbeitsplätzen des Bundes unterdurchschnittlich versehen sind». Der Kanton Wallis gehört unstreitig zu diesen Regionen. Er ist wirtschaftlich förderungswürdig und ist mit Arbeitsplätzen der Bundesverwaltung unterdurchschnittlich versehen.

c) In diesen Weisungen lesen wir weiter: «Müssen in Kantonen, die mit Arbeitsplätzen des Bundes unterdurchschnittlich versehen sind, Dienststellen und Dienstzweige der eidgenössischen Anstalten und Betriebe aufgehoben werden, so prüft der Koordinationsausschuss allfällige Kompensationsmöglichkeiten.» So weit die Weisungen des Bundesrates. Ich kann hier nicht direkt anführen, dass im Oberwallis Betriebe aufgehoben wurden. Es wurden aber, wie man so schön sagt, Arbeitsplätze wegrationalisiert. Im Bahnhof Brig sind beispielsweise von 1982 bis 1985 21 Stellen nicht mehr besetzt worden. Das mag wenig scheinen, fällt aber in einem Kanton, der jährlich für die nachrückende Jugend ins Erwerbsleben 800 neue Arbeitsplätze schaffen muss, stark ins Gewicht. Bei solchen Zahlen muss es oberster Grundsatz bleiben, in erster Linie die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten, aber auch neue zu schaffen.

d) Der Verständigkeit halber sei hier erwähnt, dass uns bei der Umorganisation der Festungswachtkorps und der nun baldigen Realisierung des Rangierbahnhofs Domo II seitens des Bundes immer wieder Kompensationsmöglichkeiten versprochen wurden. Es liegt auf der Hand, dass wir diese Versprechungen von so seriöser Seite als bare Münze ansehen und unser Vertrauen in die Regierung bei einer Nichteinhaltung schwer erschüttert würde.

e) Ergänzend ist anzuführen, dass das Wallis auch in Sachen Bundesaufträge sehr schmal gehalten wird. Als Beweis kann immer noch die Firi-Studie angeführt werden, die belegt, dass der Kanton Wallis dem Bund im Jahre 1978 beispielsweise rund 283 000 Franken mehr abgegeben hat, als er zu erhalten liebte.

f) Ich habe im Postulat als letzten Punkt angeführt, dass eine Verlegung von Dienststellen ins Oberwallis auch als Entgelt für die übermässige Belastung, die das Oberwallis als Uebungs- und Ausbildungsplatz der Armee zu tragen hat, angesehen werden könnte. Schon seit Jahren fordern die Oberwalliser einen volkswirtschaftlichen Ausgleich. Dieses Begehren ist berechtigt, weil volkswirtschaftliche Ausfälle und gesundheitliche Schädigung, letztere durch die übermässigen Lärmquellen, längst nachgewiesen sind.

Das sind Gründe, die mich veranlassten, dieses Postulat einzureichen, Gründe, die den Bundesrat bewegen müssten, das Postulat anzunehmen.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 16. September 1986*

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 16 septembre 1986*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Ueberwiesen – Transmis*

86.504

**Postulat Tschuppert**  
**Seuchengefahr bei Wanderschafherden**  
**Transhumance et risques d'épizooties**

*Wortlaut des Postulates vom 18. Juni 1986*

Der Bundesrat wird eingeladen, die Tierseuchenverordnung umgehend in dem Sinne zu ändern, dass die Kantone ermächtigt werden, Bewilligungen für Wanderschafherden bereits bei Vorliegen potentieller Seuchengefahr einzu-

schränken oder zu verweigern, ohne dass eine konkrete Gefährdung bereits im voraus bewiesen werden muss.

*Texte du postulat du 18 juin 1986*

Le Conseil fédéral est invité à reviser sans délai l'ordonnance sur les épizooties de façon à permettre aux cantons de restreindre ou de suspendre l'octroi d'autorisations de transhumance, dès qu'il y a un risque d'épizootie, ne serait-ce que potentiel, sans que les autorités cantonales soient tenues de prouver d'avance qu'un tel danger existe effectivement.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Allenspach, Aregger, Bonny, Cincera, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglingen, Früh, Giger, Jung, Kühne, Künzi, Loretan, Müller-Wiliberg, Nef, Pfund, Risi-Schwyz, Rutishauser, Rüttimeann, Schärli, Schnider-Luzern, Schnyder-Bern, Schwarz, Spälti, Stucky, Uhlmann, Villiger, Wanner, Weber-Schwyz, Wyss, Zwingli (30)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Das Treiben von Wanderschafherden ist gestattet. Es bedarf einer Bewilligung der kantonalen Behörde, sofern es über das Gebiet mehrerer Gemeinden führt. Diese Bewilligung (Polizeierlaubnis) ist zu erteilen, wenn der Gesuchsteller die (vorab) durch die Tierseuchengesetzgebung geforderten Bedingungen erfüllt. Gemäss einem Urteil des Bundesgerichtes ist die kantonale Bewilligungsbehörde bei der heute geltenden Tierseuchenverordnung nicht befugt, Bewilligungen einzuschränken oder zu verweigern, weil Wanderschafherden eine potentielle Seuchengefahr darstellen. Nur bei konkret nachgewiesener Seuchengefahr darf die Bewilligung verweigert werden, was eine effiziente Seuchenvorbeuge verhindert.

Wanderschafherden sind potentielle Seuchenträger. Nach den heutigen Erkenntnissen ist es unmöglich, Wanderschafherden zu bilden, die nicht Träger von Seuchenerregern sind. Bei Naturherd-Infektionen, wie z. B. Rickettsiose, ist es unmöglich, die Verseuchung einer Herde im Herbst auszuschliessen, weil jederzeit Neuinfektionen von der Natur her (Zecken, wildlebende Nager) auftreten können. In der Fachliteratur wird beschrieben, dass der Weg von Wanderschafherden häufig gekennzeichnet ist durch neue Infektionsherde bei Rindern und Menschen. Gewisse Seuchen lassen sich nur ausschliessen, wenn die ganze Herde blutserologisch untersucht wird, was aus Kostengründen bei den Herdenbesitzern auf Widerstand stossen dürfte, obschon solche Untersuchungen bei Schafen aus Landesteilen, wo bestimmte Seuchen, wie Brucellose und Agalaktie, ein erhöhtes Risiko darstellen, angezeigt wären.

Wohl ist vorgesehen, dass ein Hirte auf der Winterwanderung die Schafe nur weiden lassen darf, wenn die betreffenden Landbesitzer zustimmen. Diese Regelung bleibt aber meist Theorie und diese Weideerlaubnis wird nur selten eingeholt. In der Praxis ist es so, dass sich die Bauern nicht selber gegen die seuchenpolizeilichen Risiken der Wanderschafherde wehren können. Jede Besitzesstörung, auch das blosses Durchwandern, ist mit diesen Risiken behaftet. Als Beweis sei auf die Rickettsioseepidemie im Wallis vom Herbst 1983 hingewiesen.

Die Ansprüche der Bauern an den Schutz vor Seuchenrisiken sind heute grösser geworden und bestehen zu Recht. Artikel 9 des Tierseuchengesetzes verpflichtet Bund und Kantone, alle Massnahmen zu treffen, die nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und der Erfahrung zur Seuchenvorbeuge und Seuchenbekämpfung angezeigt erscheinen. Diese Massnahmen können je nach der Viehdichte in den verschiedenen Regionen unseres Landes unterschiedlich sein. Nachdem seit der Revision des Tierseuchengesetzes von 1980 die Kantone allein die finanziellen Lasten der Tierseuchenbekämpfung zu tragen haben, sollten ihnen auch mehr Kompetenzen zugestanden werden. So wäre es angezeigt, in der Tierseuchenverordnung die Kantone zu ermächtigen, Bewilligungen für Wanderschafherden einzuschränken oder zu verweigern wegen der potentiellen Seu-

chengefahr, ohne dass die konkrete Seuchengefährdung im voraus bewiesen werden muss. Solche Einschränkungen wären zumutbar, da sie kein totales Verbot bewirken und da heute auch andere Ausmastverfahren verfügbar sind.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

vom 10. September 1986

*Déclaration écrite du Conseil fédéral*

du 10 septembre 1986

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Ueberwiesen – Transmis*

86.524

**Postulat Renschler**

**Bildschirmarbeit. Strahlenbelastung**

**Travail à l'écran de visualisation.**

**Rayonnements**

*Wortlaut des Postulates vom 19. Juni 1986*

Die Gefährlichkeit der Strahlenbelastung bei der Bildschirmarbeit ist ein kontroverses Thema. Ausländische Untersuchungen, beispielsweise in Schweden, Kanada und Japan, lassen die Befürchtung zu, dass die Strahlenbelastung bei der Bildschirmarbeit gesundheitsschädigend ist, insbesondere für schwangere Frauen. Eine schwedische Untersuchung ergab, dass schwangere Frauen, die am Bildschirm arbeiteten, gemessen am Landesdurchschnitt zwar nicht mehr Kinder mit Missbildungen zur Welt brachten, dass aber der Anteil der schweren Missbildungen um 50 Prozent höher lag.

Der Bundesrat wird ersucht, das BIGA zu beauftragen, zusammen mit der SUVA in der Schweiz eine gründliche Untersuchung der Strahlenbelastung bei Bildschirmarbeit und deren Auswirkungen vor allem auf schwangere Frauen durchzuführen.

*Texte du postulat du 19 juin 1986*

Le risque que les radiations présentent pour la santé des personnes qui travaillent à l'écran de visualisation est un sujet de controverses entre les spécialistes. Cependant, des enquêtes menées à l'étranger, en Suède, au Canada et au Japon par exemple, semblent malheureusement confirmer la nocivité de ce rayonnement, notamment pour les femmes enceintes. Il ressort d'un travail fait en Suède que, si la proportion d'anomalies parmi les enfants de telles femmes n'est pas plus élevée que pour le reste de la population, en revanche, la proportion d'anomalies graves était de 50 pour cent supérieure.

Le Conseil fédéral est invité à charger l'OFIAMT de procéder, avec le concours de la CNA, à une enquête approfondie dans notre pays sur l'importance du rayonnement auquel sont soumises les personnes qui travaillent à l'écran de visualisation et sur les risques courus de ce fait, notamment par les femmes enceintes.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Fankhauser, Hubacher, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Nauer, Pitte-loud, Stappung (7)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Der Postulant verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

vom 22. September 1986

*Déclaration écrite du Conseil fédéral du 22 septembre 1986*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

*Ueberwiesen – Transmis*

## **Postulat Tschuppert Seuchengefahr bei Wanderschafherden**

## **Postulat Tschuppert Transhumance et risques d'épizooties**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	86.504
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1484-1485
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 686

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.